

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher - Sammelnummer: 25 241.  
Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Oktober 1924 bei 100. zweimonatlicher Zustellung drei Haus 1,50 Goldmark.  
Anzeigen-Preis für Monat Oktober 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 50 mm breite Zeile 40 Pf., außerhalb 50 Pf., Überschriften 10 Pf., Mühen, Abzüge gegen Vorbehalt.

Schriftleitung und Hauptredaktion:  
Merkelstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.  
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Verdruck nur mit deutlicher Unterschrift („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schreibweise werden nicht aufbewahrt.

**Café Hülfert**  
Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

**Koffer**  
Erfurterlein  
Waisen-  
hausstr. 23

**Oefen und Herde**  
kauft man preiswert im Spezialgeschäft  
**Chr. Garm** Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13  
Fernsprecher: 16282 Nähe Postplatz.  
Besichtigen Sie mein reichhaltiges Lager in  
Dauerbrand-Oefen, Kohlen-Herden u. Gas-Herden.

## Der Plan des Kanzlers endgültig gescheitert.

Nach der Ablehnung der Sozialisten fordert die Volkspartei erneut die Rechtserweiterung.  
Beginnende Klärung der inneren Krise. — 110 Millionen Dollar Anleihe von Amerika übernommen. — Förster-Schutz auf freiem Fuß.

### Die Abgabe der Sozialisten.

Wieder einmal ein „überparteiliches Kabinett“?  
(Durch Staatsdruck.)

Berlin, 9. Okt. In der Aussprache, die heute nachmittags zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Führern stattfand, wurde von den sozialdemokratischen Unterhändlern erneut bestätigt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

bereit sei, der vom Reichskanzler auf Grund seiner Richtlinien erstrebten Regierungserweiterung zuzustimmen. Sie stellen indessen fest, daß der gestrige Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit den Absichten des Reichskanzlers unvereinbar sei und daß sie daher den Plan des Reichskanzlers als gescheitert betrachten.

Erklärungen waren beim Reichskanzler die Abna. Müller-Francken, Weiss, Dietzmann und Giffert. Mit diesem Schritt der Sozialdemokraten ist nun die langumstrittene „Vollsozialistische“ endgültig erledigt.

Manche tauchten wieder, wie in früheren Krisen, Möglichkeiten auf, die bisher niemals Wirklichkeit wurden. So war man bereits wieder einmal bei dem berühmten Kabinett angelangt, das

#### über den Parteien

sehen könnte, um so Neuwahlen zu vermeiden, denen man anscheinend in den Koalitionsparteien nicht gerade mit Freude entgegensteht. Der Reichskanzler wollte danach mit seinem Programm ein Kabinett bilden, in dem nicht gerade die Parteien als solche aufzutreten brauchten. Ein solches überparteiliches Kabinett könnte, so sagt man, ohne große Schwierigkeiten gebildet werden, da im Kabinett noch einige Befugnisse beständen, die für die Besetzung mit bestimmten Persönlichkeiten in Frage kommen könnten. Durch die neue sozialparteiliche Initiative, von der nachstehend die Rede ist, scheint aber diesem Plane bereits im wesentlichen die Grundlage entzogen zu sein.

### Ein neuer Schritt der Volkspartei beim Kanzler.

Die Deutschnationalen beim Reichskanzler.

(Drahtmeldung unter Berliner Schrittleitung.)  
Berlin, 9. Okt. Nach den Sozialdemokraten empfangt der Reichskanzler die Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei, die Abna. Verat, Graf Westarp, Schiele und Vehrens. In dieser Besprechung wurde vom Reichskanzler Mitteilung von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Verhandlungsführer gemacht. Die deutschnationalen Vertreter nahmen von der dadurch geschaffenen neuen Lage Kenntnis. Der Reichskanzler teilte hierauf mit, daß er nunmehr die Verhandlungen über die Schaffung einer Regierung unter Einbeziehung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten als erledigt ansehe,

und sich morgen erneut mit den Parteien über den jetzt einzuwickelnden Weg ins Benehmen leben werde.

### Die Deutsche Volkspartei

entlangt daraufhin die Parteiführer Dr. Schulz und Dr. Curtius zum Reichskanzler, um diesem mitzuteilen, daß nach ihrer Auffassung nach den Beschlüssen der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen eine neue Situation geschaffen worden sei, und daß der Reichskanzler jetzt seine Bemühungen in der Richtung der Bildung einer nach rechts erweiterten Regierung einleiten müsse.

### Der Reichskanzler

teilte den Parteiführern der Deutschen Volkspartei, die ihn am heutigen Abend aufsuchten, mit, daß er Freitag vormittag um 10 Uhr die Führer der Koalitionsparteien zu einer neuen Besprechung einladen werde. Die Abgeordneten Dr. Schulz und Dr. Curtius hielten danach noch eine Besprechung mit dem deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Verat ab. Die Zentrumsfraktion tritt nach der morgigen Parteiführerbesprechung zu einer Entscheidung über die Beschlüsse zusammen.

### Die drei Möglichkeiten.

(Drahtmeldung unter Berliner Schrittleitung.)  
Berlin, 9. Okt. In parlamentarischen Kreisen wird zu der Lage, die durch die schroffe Ablehnung der Sozialdemokraten entstanden ist, darauf hingewiesen, daß sich gegenwärtig drei Möglichkeiten ergeben:

1. Bildung einer rein bürgerlichen Regierung unter Einfluß der Deutschnationalen und eventuellem Ausschluß der Demokraten;
2. Verbleib des gegenwärtigen Kabinetts unter eventuellem Ergänzung der freierwerbenden Minister, wie Innens, Verkehrs- und Justizministerien; und endlich
3. Die Auflösung des Reichstags.

Daneben halte man es auch noch für möglich, ein sogenanntes überparteiliches Kabinett bilden zu können. Der Reichskanzler dürfte voraussichtlich an die Koalitionsparteien die Frage richten, welcher Möglichkeit sie den Vorzug geben wollen. Demokraten und Zentrum dürften die Auflösung vortreten, daß nach dem Scheitern des Gedankens der Vollsozialität das Verbleiben des Kabinetts Marx-Bretelmann das Beste sei, während die Volkspartei unbedingt für die Einbeziehung der Deutschnationalen einträte wird.

### Ein Bürgerblock in München.

München, 9. Okt. In München haben sich anläßlich der Gemeindevahlen alle Bürgerlichen zu einem gemeinsamen Vorgehen zur Brechung der sozialdemokratischen Mehrheitsregierung zusammengeschlossen. Mit den Deutschdemokraten schweben die Verhandlungen noch. Bei einer Versammlung, die der Bürgerblock einberufen hatte, haben sich jedoch die führenden Stadtratsmitglieder bereits für die Schaffung eines Bürgerblocks ausgesprochen.

### Internationale Herausforderungen auf deutschem Boden.

Michel ist geduldi. Man darf ihm vieles, allzu vieles

geben, ehe er einmal in heftiger Erregung ausschäumt. Wenn es aber gar zu arg kommt, reißt auch ihm der Geduldssaden, und die Milch der frommen Denkart verwandelt sich in gärenden Tränenblut. Solche Stimmung müssen in jedem ehrlichen Deutschen ohne Unterschied der Partei, sofern er überhaupt noch unverfälscht national zu empfinden vermag, die skandalösen Vorgänge auf dem Weltfriedenskongress und in Potsdam erzeugen, bei denen sich unser molluskenhafter, in verschwommenen weltbürgerlichen Ideen herumplätschernder Internationalsinn in seiner ganzen Glorie offenbart hat. Wenn ein Deutscheind eine Prämie ausgesetzt hätte auf die größte nationale Entwürdigung Deutschlands, verursacht durch Deutsche selbst, dann wäre sie reichlich verdient worden von den Elementen, die in der Potsdamer Versammlung das flämische Schauspiel des Rotaus vor dem französischen „Pazifisten“ Professor Vach aufgeführt und auf dem Berliner Weltfriedenskongress das schamlose Wort von der „schmuckvollen Sklaverei der allgemeinen Wehrpflicht“ geprägt haben. Diese beiden Vorkommnisse haben einen inneren Zusammenhang, weil sie gemeinsame Ausflüsse eines Geistes sind, der vom nationalen Denken und Fühlen himmelweit entfernt ist. Die internationale Ideenwelt dieser Kreise stumpt das Verständnis für nationale Werte und Notwendigkeiten dermaßen ab, daß sie nicht einmal die persönliche Erniedrigung scheuen, der sie sich durch ihr vaterlandloses Gebaren bei eben den Fremden aussetzen, bei denen sie sich durch die Preisgabe aller nationalen Rücksichten anbieten zu können vermeinen. Wie sehr gewissen Ausländern unter dem Eindruck des würdelosen Verhaltens unseres pazifistisch-sozialistischen Klüngels der Stamm schwillt, wie sehr sie glauben, sich den Deutschen gegenüber alles erlauben zu dürfen, zeigt die anmaßliche Art, wie der französische Professor Victor Vach sich in Potsdam auszuspielen wagte. Er behauptete die unqualifizierbare Dreifigkeit, die Potsdamer wegen ihrer Angst vor keinem „Ausreten“ zu verspotten, und schloß seine im höchsten Grade herausfordernde Rede mit einer Arieaderklärung an die national-gesinnten Deutschen: „Die Nationalen haben uns verboten, nach Potsdam zu kommen. Wir sind doch gekommen. Nach Nürnberg zu kommen, haben sie uns ebenfalls verboten. Wir werden trotzdem auch dorthin gehen!“ Das ungehörliche Benehmen dieses Franzosen war so klogig, daß es selbst einem Teile der Pazifisten auf die Nerven fiel. Sogar das „Berliner Tageblatt“, also ein „erdemokratisches“ und pazifistisches Blatt, sieht sich genötigt, dem unverfrorenen Herrn eine Rüge zu erteilen, indem es sein Potsdamer Debut unter anderem folgendermaßen kritisiert: „Ach, ich, ich — ich muß, ich will, ich werde — ich, ich, ich! Das war der Ton, in dem Herr Professor Victor Vach in Potsdam seine bereits am Mittwoch gehaltene Rede wiederholte. Hat er einmal bedacht, wie es einem Deutschen ergangen wäre, der nach 1870 in Frankreich unter dem Vorwande eines sehr zweifelhaften „Pazifismus“ öffentlich solche einseitig gegen das beste Land gerichtete Reden hätte halten wollen?“ Wenn das genannte Organ, das sonst alle pazifistischen und sozialistischen Klüngeln als schützende Denne unter die Flügel zu nehmen pflegt, Herr Vach dann auch noch Mangel an Takt vorwirft, so ist das zwar immer noch ein verhältnismäßig sehr mildes Urteil, das aber, von solcher Stelle aus gefällt, doch deutlich genug belegt, Herr Vach hätte lieber zu Hause bleiben sollen und läte gut, unverzüglich den deutschen Stand von seinen Füßen zu schütteln.

### Der Professor Vach hat sogar noch die weitere Unverfrorenheit gehabt, die Vaterländischen Verbände zu einer öffentlichen Diskussion einzuladen.“

Die Antwort, die er darauf erhalten hat, dürfte wohl selbst für diesen fremden Dickschädel genügend fühlbar sein. Und ein derartig „ritterlicher“ Franzose, dessen prophete Unverschämtheit in seiner pfaunenhaften Aufgeblasenheit und Selbstgefälligkeit in angemessenem Verhältnis steht, wird vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ostentativ mit schändendem Fittich umgeben! Ja, noch mehr! Die nationalen Kreise haben es erleben müssen, daß der preussische sozialdemokratische Minister des Innern Seewering den Vaterländischen Verbänden im Landtage mit dem Gummiknüppel drohte, falls sie sich unterfangen sollten, dem Stapellauf der Rede des Professors Vach Schwierigkeiten in den Weg zu legen. „Gummiknüppel sind nicht nur für unfähige Kommunisten da!“ erklärte der Minister, im Vollgefühl seiner Machtstellung, an deren Unerlöschlichkeit er anscheinend noch sehr glaubt. Diese neueste Leistung dürfte

## Die englischen Neuwahlen am 29. Oktober.

### Das Parlament vorläufig verlagert.

London, 9. Okt. Das Parlament wurde heute verlegt. Die Neuwahlen werden am 29. Oktober stattfinden. Das neue Parlament wird eine oder zwei Wochen darauf zusammentreten.

Macdonald teilte heute nachmittags im Unterhause mit, daß das Parlament aufgelöst werde. Er erklärte: Ich bedaure, daß die aktiven von zwei Oppositionsparteien unternommene Aktion eine allgemeine Wahl unvermeidbar macht. Ich hatte deswegen heute vormittags eine Audienz beim König und beantragte die Parlamentsauflösung. Der König ermächtigte mich, mitzuteilen, daß er einverstanden ist. Diese Mitteilung wurde von seiten der Arbeiterpartei mit lauten Beifallsrufen begrüßt. Der Premierminister fügte dann hinzu, daß er hinsichtlich der weiteren Maßnahmen sich im Einvernehmen mit allen Parteien des Hauses glaube, wenn er sich bemühe, ein Zusammenfallen mit den Gemeindevahlen, die Anfang November stattfinden, zu vermeiden. Der 20. Oktober als Wahltermin wurde gebilligt.

### Die Thronrede im Oberhaus.

London, 9. Okt. Der Vorkonzert verlas im Oberhaus die Thronrede, durch die das Parlament verlegt wird. In der Thronrede heißt es: Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind weiterhin freundschaftlicher Art. Die Annahme des Dawes-Berichts durch die in Betracht kommenden Mächte wurde von der Konferenz, die im Juli und August in London abgehalten wurde, bestätigt, wobei die praktischen Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Annehmlichkeiten in Kraft treten zu lassen, einstimmig gebilligt wurden. Dieses erfreuliche Ergebnis ist dem weitestgehenden Wohl des Zusammenwirkens zu verdanken, mit dem von den in Betracht kommenden Mächten an diese sehr schwierigen Probleme

herangetreten wurde. Ich glaube, daß diese Reaktion in höherem Maße zur Wiederherstellung des internationalen Handels beitragen wird, von dem die materielle Wohlfahrt dieses Landes in so hohem Maße abhängt.

Unmittelbar nach erfolgter Verhandlung zwischen den französischen und britischen Delegationen in Genf habe die Völkerbundsversammlung ihre Vorschläge für das Schiedsgericht und die Sicherheit formuliert und damit einen bedeutenden Fortschritt zu einer Vermittlung der Meinungen gemacht. Dieses Protokoll werde sobald als möglich dem Parlament vorzulegen werden. Die Thronrede bescheidet dann den Abschluß enalisch-russischer Verträge als ein notwendiges Element für die allgemeine Verriediana und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas.

### Französische Nachrufe für Macdonald.

Paris, 9. Oktober. Zur geirigen Niederlage der englischen Regierung im Unterhause schreibt „Deuxieme“: Der Sturz des Kabinetts Macdonald sei kein unvorhergesehener Zwischenfall. Er sei nicht einmal ein Mißgeschick. Die Arbeiterpartei habe hierbei nichts zu befürchten. Sie könne die Neuwahlen abwarten. Als sie sich entschlossen hätte, allein die Regierung zu übernehmen, habe sie einfach den Beweis liefern wollen, daß sie eine Regierungspartei sei. Diesen Beweis habe sie erbracht. Ihr Regime sei im Hinblick auf die allgemeinen Interessen des Landes gar nicht so schlecht gewesen.

In „Duotidien“ heißt es: Die Umstände hätten es Macdonald gestattet, in den acht Monaten, während deren er an der Spitze der Regierung gestanden habe, eine so große und weitblickende Politik zu treiben, daß seine Person und seine Partei aus der gefährlichen Probe wunderbar vergrößert hervorgingen. Die Arbeiterregierung habe für ihr Land und für Europa einen unvergesslichen Sieg erzielt.